

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1903

281 (10.12.1903) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen“.

Anzeigen: Die sechsseitige Beilage oder deren Raum 20 Pfg., Reklamen 50 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureau an.

Redaktion und Expedition:
Königsplatz Nr. 42 in Karlsruhe.

Nr. 281. 2. Blatt.

Donnerstag, den 10. Dezember

1903.

O.K. Sozialdemokratie und Reichstagspräsidium.

Obwohl zweifelhafte Fraktion hat die Sozialdemokratie doch keine Vertretung im Reichstagspräsidium gefunden, da sie die Übernahme aller Präsidentschaftsämter ablehnt; nun wird ihre Presse wieder über Entziehung der Arbeitervertreter jammern; man muß sich deshalb folgende Ausführungen vor Augen halten, die klar bezeugen, was es hiermit auf sich hat:

Es herrscht nun ein weitverbreiteter Glaube, nämlich der Glaube, als bestesse ein Reich darauf, daß die drei größten Parteien das Präsidium führen und daß, wenn etwa eine Ausnahme gemacht wird, die betreffende Partei dadurch als Abgeordnete zweiter Klasse deklarieren würden. Dieser allgemein verbreitete Glaube erweist aber sofort einen Stöckel, sobald man einen Blick auf die Geschichte der Präsidentschaft im deutschen Reichstag wirft. Das Reich, das die größte Partei den Präsidentschaften, die zweitgrößte den ersten und die drittgrößte den zweiten Vizepräsidenten stellt, ist ein Reich, das lediglich in den Köpfen einzelner Menschen existiert, in Wirklichkeit aber noch nicht dagewesen ist, es ist etwas, worauf Ben Adrias Wort nicht zutrifft.

In der ersten Legislaturperiode des Reichstages war die nationalliberale Partei die stärkste, die Reichspartei die zweitstärkste, das Zentrum die drittstärkste, und trotzdem sehen wir, daß die Nationalliberalen den Präsidentschaften und zweiten Vizepräsidenten, die Reichspartei den ersten Vizepräsidenten stellte.

In der zweiten Legislaturperiode 1874 hatten die Nationalliberalen 155, das Zentrum 91, die Fortschrittspartei 50 und die Reichspartei 36 Mitglieder. Ohne Berücksichtigung der in der Fraktionsliste irrtümlich eingezeichneten Änderungen in der Besetzung des Präsidentschaften in der Legislaturperiode ein, aber nicht wurde dem angeblichen Reichstagspräsidenten Rechnung getragen. In der ersten Session war der nationalliberale Forderbeck Präsident, das Zentrum fiel ganz aus, die Reichspartei als zweitstärkste Partei stellte den ersten Vizepräsidenten, und die 14 Mitglieder stärkere Fortschrittspartei den zweiten Vizepräsidenten. In der zweiten Session wurde der Reichsparteiler Hopenlohe durch den Nationalliberalen von Stauffenberg ersetzt, und in der dritten Session wurde auch der Fortschrittler Hinkel noch durch von Hopenlohe ersetzt, so daß nun die Nationalliberalen alle drei Präsidentschaften hatten.

In der dritten Legislaturperiode, 1877, hatten die Nationalliberalen 128, das Zentrum 93, die Fortschrittspartei 52 und die Reichspartei 38 Mitglieder. Es wurden von Forderbeck als Präsident, von Stauffenberg als erster Vizepräsident und der Reichsparteiler Hopenlohe als zweiter Vizepräsident gewählt. Das Zentrum und die Fortschrittspartei als zweit- und drittstärkste Parteien fielen ganz aus.

1878 wurden 99 Nationalliberale, 94 Zentrumsmitglieder, 59 Konservativen und 57 Reichsparteiler gewählt. Im Präsidium wurden 2 Nationalliberale und 1 Reichsparteiler gewählt. Das Zentrum als zweit- und die Konservativen als drittstärkste Partei fielen aus. Als dann im Mai 1879 v. Forderbeck und v. Stauffenberg zurücktraten, wurden an ihrer Stelle v. Seydewitz (kons.) und v. Franckenstein (Zentrum) gewählt und war nun die stärkste Partei, die Nationalliberalen, gar nicht im Präsidium vertreten. In der letzten Session der Legislaturperiode ging das Präsidium auf den Reichsparteiler v. Arnim-Bohlenburg über und erhielten die Konservativen die Stelle des zweiten Vizepräsidenten. Die Reichspartei, welche nach dem sogenannten Rechts-

grundsatz gar keinen Anspruch auf einen Sitz im Präsidium hatte, war nun an die erste Stelle gerückt.

In der folgenden Legislaturperiode 1881 hatte die Fortschrittspartei mit den Sezessionisten zusammen 115 Mitglieder, das Zentrum 100, die Konservativen 50 und die Nationalliberalen 47 Mitglieder. Das Präsidium bestand aus Levetzow (kons.), Präsident, v. Franckenstein (Zentrum), erster Vizepräsident, und Adernann (kons.) zweiter Vizepräsident. Erst in der letzten Session erhielt die stärkste Partei, die nun gebildete Freisinnige Partei, die Stelle des zweiten Vizepräsidenten. 1884 wurden 99 Zentrumsmitglieder, 78 Konservativen und 74 Freisinnige gewählt. Den Präsidentschaften stellten die Konservativen, den ersten Vizepräsidenten das Zentrum und den zweiten Vizepräsidenten die Freisinnigen. Hier stimmte der sogenannte Rechtsgrundsatz soweit, nur daß konservativ und Zentrum ihre Stellen vertauscht hatten.

Das Bild änderte sich aber wieder in dem 1887 gewählten Reichstagspräsidium. In diesem waren 99 Nationalliberale, 98 Zentrumsmitglieder, 80 Konservativen und 41 Reichsparteiler. Das Präsidium bestand aus einem konservativen Präsidentschaften, einem nationalliberalen ersten und einem reichsparteilichen zweiten Vizepräsidenten. Das Zentrum als zweitstärkste Partei hatte es abgelehnt, einen Vizepräsidenten zu stellen.

1890 waren 106 Zentrumsmitglieder, 76 Freisinnige und 73 Konservativen gewählt. Bei der Präsidentschaftswahl wurde das Bild umgekehrt, indem man der drittstärksten Partei, den Konservativen, die Stelle des ersten Präsidentschaften gab.

1893 bestand das Zentrum aus 96, die Konservativen aus 72, die Nationalliberalen aus 53 und die Freisinnigen aus 48 Mitgliedern. Präsident wurde von Levetzow (kons.), erster Vizepräsident v. Nol (Zentrum), zweiter Vizepräsident Büchtemann (natl.).

Als dann am 23. März 1895 v. Levetzow und Büchtemann infolge der Verlegung der abgelehnten Bismarckgratulation ihre Stellen niederlegten, wurden v. Nol (Zentrum) Präsident, Schmidt (Frei.) erster Vizepräsident und Spahn (Zentrum) zweiter Vizepräsident. Es waren also die zweit- und drittstärksten Parteien wieder gar nicht vertreten.

In der letzten Legislaturperiode stellten die Nationalliberalen den zweiten Vizepräsidenten, obwohl sie der Stärke nach erst die fünfte Partei waren. Man hat also etwas, was nie da war, als hergebrachten Brauch bezichtigt.

Wenn aber verstanden wird diese sehr sachgemäßen Ausführungen? Niemand anders als den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wolfenbühl, der sich damit auf dem Dresdener Parteitag geäußert hat, wie dem offiziellen Protokoll S. 405 und 406 zu entnehmen ist. Wir haben denn gar nichts hinzuzufügen? Was sagt der „Vorwärts“ jetzt hierzu?

Deutschland.

Berlin, 8. Dezember.

Zur Reichsfinanzreform wird der „Allgemeinen Volkszeitung“ aus parlamentarischen Streifen geschrieben: „Der Gehegenwurf betr. Änderungen im Finanzwesen des Reichs“ ist nunmehr dem Reichstage zugegangen. Derselbe enthält in kurzer Fassung eine Reihe von sehr weittragenden Bestimmungen. § 1 will die Clausula Franckenstein noch in ihrer Wirkung auf die Brantweinverbrauchsabgabe aufrecht erhalten, dagegen bezüglich der Einnahmen aus den Zöllen und Reichsteuereinnahmen außer Kraft setzen. § 2 enthält eine Abänderung des § 70 der Reichsverfassung in mehreren wichtigen

Punkten: 1. Während bisher die Matrularbeiträge für alle nicht durch die reichseigenen Einnahmen gedeckten Ausgaben dienen sollten, sollen sie künftig auf die Deckung der ordentlichen Ausgaben beschränkt werden; andererseits lautet die Bestimmung bisher, daß die Matrularbeiträge „bis zur Höhe“ des budgetmäßigen Betrages auszufrieden sein, während die neue Bestimmung vorschlägt, daß solche „in Höhe“ des budgetmäßigen Betrages auszufrieden werden. Diese Bestimmungen lehnen sich der letzter bereits gebilligten Praxis an; tatsächlich wurden auch bisher nur die ordentlichen Ausgaben auf Matrularbeiträge genommen und letztere in voller Höhe des budgetmäßigen Betrages auszufrieden. 2. Soweit die nach dem Etat auszufriedenenden Matrularbeiträge nicht durch die den Bundesstaaten zustehenden Ueberweisungseinnahmen gedeckt werden, sollen künftig allenfallsige Ueberbrückung im Reichshaushalt in erster Linie dazu bestimmt sein, den Bundesstaaten diese Differenz zu decken. In zweiter Linie sollen allenfallsige Ueberbrückung im Reichshaushalt nicht mehr wie bisher als Einnahme in den ordentlichen Etat des folgenden Jahres eingestellt, sondern im außerordentlichen Etat zur Verminderung der Anleihe Verwendung finden. § 3 enthält nach der Begründung des Gehegenwurfs selbst nur eine „Direktive“, indem er bestimmt, daß die Bundesstaaten „in der Regel“ nicht mehr Matrularbeiträge aufbringen sollen, als sie in den fünf Vorjahren durchschnittlich an Ueberweisungen empfangen haben. Letztere Bestimmung soll sich wohl nur auf die „ungedeckten“ Matrularbeiträge beziehen; nach Form und Inhalt sollte sie jedoch mehr in die Gesetzesmaterie als in das Gesetz selbst gehören.

Die parlamentarische Kritik gibt dann zu, daß die Vorlage, äußerlich betrachtet, dem Reichshaushalt einfacher und übersichtlicher macht. Auch sei es eine Verbesserung, daß man allenfallsige Ueberbrückung zur Schuldentilgung in den nächstjährigen außerordentlichen Etat einstellen wolle. Was aber bei e d e n k l i c h scheint, das ist die Tendenz, die Bundesstaaten finanziell von jedem Interesse an der künftigen Gestaltung der Reichsfinanzen loszulösen.

Wäre der Entwurf in seiner jetzigen Form Gesetz, so würden die Bundesstaaten keinen Anlaß mehr haben, sich um die Aufbringung der Reichsbedürfnisse Sorge zu machen.

Auf deren Vertretung im Bundesrat müßte dies gegenüber höheren Anforderungen der Majorität, namentlich der mächtigen Majorität des Reiches, der Marine und der Kolonien einen lässigen Einfluß haben, jeder Widerstand gegen Verbesserungen für Meer, Marine, Kolonien würde aufhören und dadurch auch die Stellung des Reichsfinanzamtes selbst gewiß keine härtere werden.

In einem zweiten Artikel schreibt das führende Zentrumsorgan:

„Die Reform“ neuerdings hin, mag man sie noch so wohlwollend beurteilen, darauf hinaus, das Budgetrecht des Reiches tatsächlich aufzuheben, die Einzelstaaten im Reich nicht zu sehen um neue Steuern vorzubereiten. Mit Recht schrieb die „Freie Pa.“ gestern: „Wenn sich ein Reichstag finden sollte, der diesen Entwurf annimmt, so bleibt von dem Einnahmeverwilligungsgesetz des Reichstages so gut wie nichts übrig.“ Vorläufig soll nach diesem Ziele hin allerdings nur die Hälfte oder zweidrittel des Weges zurückgelegt werden, aber man rechnet damit, daß wenn einmal A gesagt worden ist, auch B gesagt werden wird. Der Kern des Reformplanes ist und bleibt: Die Bundesstaaten sollen nicht mehr an das Reich zahlen als sie von ihm erhalten, und das ist ohne neue Steuern nicht durchführbar. Ginge es, dann würde nach der Reichsfinanzreform überhaupt nicht so laut gerufen werden, denn dann wäre die Finanzlage des Reiches nicht berührt, daß die Bundesstaaten so unerträglich schwer darunter litten.“

So kommt sie zu dem Schluß: „Schon heute kann man mir Bestimmtheit sagen, daß der v. Stengelsche Entwurf nicht Gesetz werden wird. Ob sich irgend etwas Brauchbares aus demselben herauskühlen läßt, bleibt abzuwarten.“

Dasbach-Hoensbroech. Die Erklärung des Abg. Dasbach zu dem Streite zwischen ihm und dem Grafen Paul von Hoensbroech lautet wörtlich: „Graf Hoensbroech erwiderte mir am 29. Juni 1903, anzuerkennen, daß er im Zustande der Bescheidenheit, den von ihm verlangten Beweis betr. des angeblichen Grundbates der Jesuiten, der Zweck heißt die Mittel erbracht habe. Durch Schreiben vom 20. Juli leitete ich diese Mitteilung ab. Aufgefordert schrieb er am 21. Juli an die „Tägliche Rundschau“: mit dieser Abklärung sei für ihn „der Zeitpunkt gekommen, die Entscheidung über die Streitfrage den ordentlichen Gerichten zu übergeben.“ Die Entscheidung über die Jahrsabgabe alte Streitfrage liegt jetzt in den Händen preussischer Richter.“ Am 27. Juli fragte mich Rechtsanwalt Lisco in Berlin im Auftrag des Grafen H., ob ich in Berlin einen Wohnsitz habe, und ob, wenn das nicht der Fall sei, ich trotzdem nicht damit einverstanden erkläre, daß ich in Berlin verlagte werde. Ich teilte mit, daß ich keinen Wohnsitz in Berlin habe und es ablehne, in Berlin verlagte zu werden. Es ist nun durch die Presse ein Auszug aus dem angeblichen Beweismaterial des Grafen Hoensbroech veröffentlicht worden. Ich gehe darauf in der Presse nicht ein, weil mit einer Besprechung, die doch mit Rücksicht auf den knappen Raum der Zeitung kurz sein müßte, der Sache nicht gedient ist; eine umfangreiche Broschüre zur Widerlegung des Grafen H. ist bereits vollendet. Die Arbeit ist deshalb sehr mühsam, weil manche Citate Hoensbroechs nicht genau sind und eine Nachprüfung nötig ist, die Beschaffung mancher der citierten Werke schwierig war. Ich habe angefragt, ein Gutachten zu erlangen, das aus drei katholischen und zwei evangelischen Universitäts-Professoren besteht. Drei katholische haben angenommen; 21 angefragte evangelische Professoren haben abgelehnt. Ich sehe meine Bemühungen um Bildung des Schiedsgerichtes fort. Die auf heute (1. Dezember) angelegte Verhandlung der Abgabe des Grafen H. wird vertagt. Zwischen den Anwälten werden noch Schriftsätze gewechselt, durch die eine mündliche Verhandlung vorbereitet wird. D a s b a c h.“

Ausland.

Ein Schlaglicht auf die „Los von Rom“-Bewegung. In Würzburg ist, schreibt das „Grazer Volksblatt“, unter Mitwirkung des bekannten Dichters, der dem Katholizismus nach katholisch ist, eine lutherische Kirche gebaut worden. Bei Beginn des Jahres 1900 erhielt Kollager einen Anruf an die „Freunde im Norden“; 60000 Kronen ließen infolge dessen noch im gleichen Jahre für den Kirchenbau ein. Kollager muß sich dafür aber in der Grundbesitzungsuntersuchung „einen wahrhaftigen evangelischen Dichter katholischen Bekenntnisses“ nennen lassen. Wer zahlt, darf auch anschauen, dachte sich mit Recht Kollager und schickte, wie der Pastor Stappus in einer Broschüre erzählt, die „Stütze eines Mares, eines richtigen Hochaltars mit zwölf Kerkentuchern nach der Zahl der zwölf Apostel“. Die undankbaren Protestanten nahmen jedoch diesen Plan nicht an, wohl aber mußten sie ihm seinen Vergewissungserfüllen, den er selbst in den folgenden schönen Worte gekleidet hat: „Ich bin ein alter Freund der Marienmutter, und weil Maria, die Heilandsmutter, so doch auch eine evangelische Person ist, so habe ich gelagt zu den Evangelischen im Würzburger: Wenn ich mittue, so müßte für mir ein schönes Marienbild in die neue Kirche stellen.“ Man will das Bild der Mutter, die einen solchen Sohn geboren, bisweilen mit Blumen schmücken, man will der Johannes sein, zu dem der Herr am Kreuze gesprochen: „Siehe Deine Mutter!“ Und wenn meine

Empfang der Stadt- und Provinzialräte Roms bei Pius X.

Rom, 5. Dez.

Am 29. Juni 1870 hatte Pius IX. zum letzten Male vor der Okkupation Roms die Väter der Stadt bei sich gemeinschaftlich empfangen. Nach dem Tode Roms kam die städtische Verwaltung in radikal-liberale Hände. Die Katholiken beteiligten sich ebenfalls an der städtischen, wie an der politischen Verwaltung. Erst als Leo XIII. den städtischen die Beteiligung an den städtischen Wahlen (für Stadt- und Provinzialrat) im Jahre 1883 gestattete, gelang es, daß auch einige katholische Vertreter in den Stadtrat gewählt wurden. Durch die energische Tätigkeit der sogenannten „Unione Romana“, einer Vereinigung für die katholische Wahlsituation, wurde die Zahl der Mitglieder der katholischen Partei im städtischen Stadtrat auf 38 gebracht. Vielleicht hätte man noch mehr katholische Kandidaten zur Wahl bringen können; allein man hand davon ab, da eine weitere Vermehrung der katholischen Stadträte mehr Schaden als von Vorteil gewesen wäre; würde man nämlich die Zahl der katholischen Stadträte auf 80 überbrücken, so müßte, da die Zahl aller Stadträte 80 beträgt, der Bürgermeister aus ihrer Mitte gewählt werden. Zu diesem Falle aber würde wiederum die italienische Regierung einschreiten und den Stadtrat auflösen, da sie es nicht dulden will, daß der Bürgermeister der Hauptstadt einer Partei angehört, welche das italienische Regime in Rom als illegitim und den König als usurpator ansieht. Aus diesem Grunde wünschten die Katholiken nur stets eine starke Minorität zu besitzen, zumal die Majorität (fast 42 Stimmen) in Liberale, Radikale und Republikaner geteilt ist. Die Katholiken also immerhin die stärkste Partei sind. Pius X. hat stets davon gesprochen, die Stadträte und Provinzialräte der katholischen Partei gemeinsam zu empfangen.

Um so größere Freude erregte es, als nun der heilige Vater Pius X., wie schon kurz berichtet, den erbetenen und lang ersehnten Empfang

bewilligte. Infolge dessen verammelten sich laut „Allg. Volkszeitung“ gestern Nachmittag gegen vier Uhr sämtliche der katholischen Partei angehörige Stadt- und Provinzialräte sowie das Präsidium der Unione Romana im Hofraum des päpstlichen Apartements im zweiten Stockwerk des Vatikans. Unter denselben saßen viele herkommende Männer des päpstlichen Roms, wie den Oberkammerherrn Graf Soderini, den Reichsrat des Papstes Professor Dr. Rapponi, Prinz Ludwig Boncompagni-Ludovisi, Prinz Massimo, den Maestro des hl. Sospitium's Fürst Muspoli u. a. Der Präsident der Unione Romana, Stadt- und Provinzialrat Adolfo Jacoconi, nahm als Sprecher der Versammlung zur Linken des Thrones Aufstellung.

Wenige Minuten nach 4 Uhr erschien unter Vorantritt des Sostats der Papst und nahm auf dem Throne Platz. Sofort begann Adolfo Jacoconi seine Rede, in welcher er die Gunstigung der Unione Romana und der durch ihre Bemühungen gewählten Stadt- und Provinzialräte zum Ausdruck brachte. Politisch war an dieser Rede charakteristisch, daß der gegenwärtigen politischen Umstände Roms in seiner Weise gedacht wurde; vielmehr sprach Jacoconi zum Papste als Herrn und Souverän. Nur am Schlusse bat er um den päpstlichen Segen als Stärkung in dem schweren Kampfe, den die katholischen Stadträte für Religion und Vaterland zu führen hätten.

Der heilige Vater dankte hierauf dem Sprecher und dem dargebrachten Ausdruck unwandelbarer Treue und Hingebung an den Heiligen Stuhl. Dann empfahl er den Stadt- und Provinzialräten ganz besonders, sie möchten in allen ihren Taten, auch mitten in den heißesten Vorurteilen, nicht nur jenen Sinn für Gerechtigkeit und feines Benehmen nicht außer acht lassen, wie man dies von jedem A b o l i e r verlangen könne, sondern es sei dringend geboten, daß sie auch stets jenes Gefühl für christliche Liebe vor Augen hätten, das den Katholiken inne wohnen müsse. Sie mögen fortfahren, zu kämpfen für die gute Sache. Gott werde es ihnen lohnen. Im Kampfe mögen sie stets eingedenk sein, daß die Katho-

liken nur Prinzipien, nicht aber Personen bekämpfen dürfen.

Hierauf erteilte der heilige Vater den apostolischen Segen und ließ alle Anwesenden zum Dankruf zu.

Ostern im höchsten Norden.

Aus: Soederup, Neues Land. 2 reich illustrierte Bände, geb. 20 Mark. Verlag von J. A. Brockhaus, Leipzig.

Am Sonntag, 11. April, sollte nach unserem neuen Versteher der Vorabend des Osterfestes sein. Die frühe Dämmerung wurde im Laufe des Tages zu einer Anstalt mit nebliger, schwarzer Luft, kurz ein nicht weniger als erbauliches Wetter. Wir fuhren auf hartem, ebenem Eis, auf dem wir aber nur langsam vorwärts kamen, über die Nacht im Westen, erreichten das Land auf der anderen Seite und fuhren längs desselben nach Norden weiter.

Der ganze Weg bildete, so weit wir sehen konnten, beinahe eine gerade Linie, und die Berge stiegen auf der ganzen Strecke senkrecht in die See. Die Breffungen hatten das Eis viele Fuß hoch an die jähem Felswände angeleht. Es sah fast aus, als sei hier ein tüchtiger Maurer mit einer sehr großen Kelle gewesen und habe die unteren Teile der Felsen mit Eis abgeputzt. An einigen Stellen zeigte der Fels noch höher als sonst.

Am 4. Ube nachmittags machten wir in der Landspitze Halt und schlugen das Lager auf. Wieder begannen wir uns einzubilden, daß das Land von hier an eine östliche Richtung annehmen müsse; aber auch diesmal wurden wir, wie sich später herausstellte, enttäuscht. Ich weiß nicht was in uns gefahren war, aber wir wollten durchaus nach Osten. Greelifford und die Fjorde, die wir im vorigen Jahre gesehen hatten, stiegen uns noch im Kopfe. Es war also Osterabend; davon merkte man aber hier eben nicht viel. Hier wurde das Fest nicht eingeleitet, hier liefen keine geschäftigen Menschen einander über den Haufen und rechtzeitig nach Hause zu kommen, hier gab es kein Wunderlachen und keine Festimmung! Nur Wind und schlechtes Wetter Tag und Nacht, und im Hause unausgesehene Windstöße gegen die Zelthaut.

Wisstlichen, wenn ein Sonnenstrahl die Landschaft er-

hellte, konnte das Umwetter auch das Fest feiern und sich keine stehenden Schneegardinen an den Bergwänden einhängen. Dann glückte es voller Pracht und Glanz auf den Rückenschiffen, so daß man fast erwarten mußte, der Eskimogebirge werde aus seinem Königsstuhle kommen und einem die Hand geben, so daß man auf einig zu Eis erstarrte. Doch das dauerte immer nur einen Augenblick; der Wind umwehte das Ganze bald wieder mit einem granen, föhrenden Schneegewitter und ließ uns wie eine Waise in die Wüste. Warum steden wir Reußen auch unter Waise in alles Mögliche? Soll die Natur nicht einmal in Frieden frieren dürfen?

Doch es war der Vorabend des Festes, und wir machten es uns im Zelte möglichst gemütlich; wir stühten das Zelte auf, das wir im Hause hatten, und ließen den Primus unerlaubt lange brennen. Auch auf „Seibergland“ mußte das Osterfest würdig begangen werden!

Am Ostertag fuhren wir über die nächste Nacht und dann am Lande entlang immerfort nach Nordwesten. Auch hier haben wir eigentlich nichts anderes als felle Felswände, die unmittelbar aus der See emporstiegen; doch mit dem Vorwärtskommen ging es nicht schlecht, in der Regel konnten wir auf dem neuen Eise fahren, welches das Land in einem Streifen von 50 bis 100 Meter Breite umrandete.

Endlich hatten wir zur Abwechslung Festmeyer mit voller Luft bekommen. Es war jedenfalls das beste Wetter, das wir seit unserer Reise vom Balochlager gehabt hatten, wenn es auch nicht das war, was wir im Süden unter „schönem Wetter“ verstehen. Es war nämlich auch heute nicht völlig klar. Wir wurden wieder mit derselben Art Staubwolke, die in diesem Frühling so häufig vorkam, überzerrt. Es war jedoch nicht so schlecht, daß wir nicht versucht hätten, einige photographische Aufnahmen von dem Lande zu machen; sie wurden zwar nicht gut, aber doch einigermaßen brauchbar. Wie alle Aufnahmen aus dieser Gegend wurden sie später leider unterwegs beschädigt.

Im Laufe des Tages kamen wir an Felsgebirgen vorüber, die an Höhe alles übertrafen, was wir bisher gesehen hatten. Wir machten Halt und gedachten, sie zu besuchen. Doch es wehte so frisch und kalt, daß wir beschloßen, damit zu warten, bis wir wieder zurückkehrten, dann würde wohl bessere Gelegenheit dazu sein. Jetzt hatten wir wenig Zeit übrig. Um mir aber doch wenigstens ein Urteil gebildet zu

